



Mitglied des Deutschen Bundestages für den Alb-Donau-Kreis

Die Freundschaft zu den USA ist wichtig, egal wer Präsident ist

Mit der Amtseinführung von Donald Trump geht eine Phase der Ungewissheit und der Spekulationen zu Ende. Nun muss sich die neue US-Administration an ihren konkreten Taten, an ihren tatsächlichen Vorhaben messen lassen.

Die Unionsfraktion hofft sehr auf eine enge und partnerschaftliche Zusammenarbeit in unserem transatlantischen Bündnis. Diese Zusammenarbeit muss auch weiterhin fest auf dem Wertefundament stehen, das dieses Bündnis so erfolgreich, stark und einmalig gemacht hat: Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Offenheit der Gesellschaften und die Achtung der Würde des Individuums.

Aufgrund der vielfältigen globalen Herausforderungen geht die CDU/CSU-Bundestagsfraktion davon aus, dass auch die neue US-Administration die enge Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik, aber auch in der Wirtschafts- und Handelspolitik mit Deutschland und Europa fortsetzen wird. In diese Richtung deuten nicht nur viele Signale aus dem US-Kongress, sondern auch die jüngsten Äußerungen der designierten Minister für Äußeres und Verteidigung.

Das von Präsident Trump proklamierte „America First!“ bedeutet, ihm geht es darum, für die USA möglichst viel herauszuholen, möglichst viele Zahlungen, Rabatte, Zuwendungen, Gefolgschaften und weitere Vorteile.

Nun wäre es ratsam, die politische Selbstbehauptung der EU auszubauen. Dazu gehört aber, dass die EU möglichst mit einer Stimme spricht. Das weiß auch Angela Merkel. Gleichwohl sehen das aber einige Regierungen in manchen EU-Mitgliedsstaaten anders. Es bleibt abzuwarten, wie sich die transatlantischen Beziehungen in den nächsten vier Jahren entwickeln und wie die Europäische Union diese Zeiten übersteht. Für uns muss Europa auch in Zukunft ein Garant für Frieden, Freiheit und Wohlstand bleiben!

Durchbruch für die Ausweitung des Unterhaltsvorschlusses

Endlich ist der Durchbruch für die Ausweitung des Unterhaltsvorschlusses durch die Einigung von Bund und Ländern zur Finanzierung und zum Inkrafttreten erzielt worden. Damit ist der Weg für diese so wichtige Gesetzesänderung frei. Ab dem 1. Juli 2017 können Kinder die Unterhaltsvorschlusssleistung bis zum 18. Geburtstag und ohne zeitliche Begrenzung bekommen (bisher: bis 12. Geburtstag). Mit einem Inkrafttreten zum 1. Juli wird insbesondere eine nachvollziehbare Forderung von Ländern und Kommunen umgesetzt, ausreichend Zeit zu bekommen, um die Gesetzesänderung machbar umzusetzen.

Dass dieser Kompromiss durch kluges Vorbereiten und eine größere Bereitschaft der Verantwortungsübernahme der Länder früher hätte erarbeitet werden können, steht außer Frage. Doch am Ende war nicht der mühselige Weg das Ziel, sondern das Ergebnis für die Alleinerziehenden. Damit wird eine der zielgenaueren familienpolitischen Maßnahmen umgesetzt, aber die Kommunen bei der Umsetzung nicht überfordert. Nichts wäre schlimmer, als wenn Alleinerziehende auf ihre Antragsbewilligung zu lange warten müssten, nur weil die Kommunen nicht genügend Zeit zur Vorbereitung gehabt hätten. Trotzdem bleibt am Ende wieder die Erkenntnis, dass man im föderalen System der Bundesrepublik auch bei wichtigen Themen dicke Bretter bohren muss.



Außenhandel: USA sind wichtigster Abnehmer für deutsche Autobauer

Am 20. Januar wurde Donald Trump als 45. Präsident der Vereinigten Staaten vereidigt. Für Deutschland ist von großer Bedeutung, wie sich die Handelsbeziehungen zwischen den USA und der EU künftig gestalten. In einem Interview kurz vor seiner Amtseinführung hatte Trump deutschen Autobauern Einfuhrzölle für ihre Autos angekündigt.

Im Jahr 2015 waren die Vereinigten Staaten Deutschlands wichtigster Handelspartner: Zwischen den beiden Staaten wurden insgesamt Waren im Wert von 174,0 Milliarden Euro gehandelt. Die Exporte in die Vereinigten Staaten beliefen sich auf 113,7 Milliarden Euro. Wichtigstes deutsches Exportgut waren dabei Kraftwagen und Kraftwagenteile (34,1 Milliarden Euro).

Weltweit exportierte Deutschland im Jahr 2015 Kraftwagen und Kraftwagenteile im Wert von 226,7 Milliarden Euro. Die Vereinigten Staaten lagen nicht nur insgesamt, sondern auch bei dieser Gütergruppe auf Platz eins der wichtigsten Abnehmerländer (15 %). Auf Platz zwei und drei folgten das Vereinigte Königreich (13 %) und die Volksrepublik China (8 %).

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Die Woche im Parlament

Zweite Verordnung zur Änderung der Sportanlagenlärmschutzverordnung

Um den Spielbetrieb auf Sportanlagen zu fördern, werden die Immissionsschutzwerte für die abendlichen Ruhezeiten von 20 bis 22 Uhr sowie die Ruhezeiten an Sonn- und Feiertagen um 5 Dezibel an die tagsüber geltenden Grenzwerte angepasst. So werden die Nutzungsmöglichkeiten der Anlagen und der Freizeit- und Breitensport gefördert. Der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war es immer ein Anliegen, die Sportvereine zu unterstützen.

Gesetz zur Verbesserung der Handlungsfähigkeit der Selbstverwaltung der Spitzenorganisationen in der gesetzlichen Krankenversicherung sowie zur Stärkung der über sie geführten Aufsicht (GKV-Selbstverwaltungsstärkungsgesetz)

Um Kompetenzüberschreitungen und Unregelmäßigkeiten zu verhindern, sollen die Kontrollrechte der Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane verbessert werden. Die Berichtspflichten des Vorstands werden gesetzlich festgelegt. Ferner werden Regelungen zur erleichterten Abwahlmöglichkeit der Vorsitzenden der Selbstverwaltungsorgane neu aufgenommen.

Für die Mitglieder der Selbstverwaltung sollen schärfere interne und externe Kontrollen eingeführt werden. So werden die Prüf- und Mitteilungspflichten bei Beteiligungen und Neugründungen der Organisationen erweitert. Die Geschäfts-, Rechnungs- und Betriebsführung soll regelmäßig extern überprüft werden. Mit der verpflichtenden Einrichtung

einer Innenrevision sollen Verstöße an die Aufsicht gemeldet werden.

Das Gesetz sieht Möglichkeiten vor, in bestimmten Fallkonstellationen Satzungsänderungen durchzusetzen oder rechtswidrige Beschlüsse der Selbstverwaltungsorgane aufzuheben. Um einen rechtmäßigen Zustand wieder herzustellen, soll das Gesundheitsministerium dazu berechtigt sein, eine "Person für besondere Angelegenheiten" zu benennen und in die betreffende Spitzenorganisation zu entsenden.

Jahreswirtschaftsbericht

Das Wirtschaftswachstum in Deutschland hält an. Löhne steigen und die Arbeitslosigkeit ist so niedrig wie schon lange nicht mehr. Für 2017 wird ein Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts von mindestens 1,4 Prozent erwartet. Die Zahl der Erwerbstätigen und die der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erreichten 2016 einen neuen Höchststand. Die realen Bruttolöhne stiegen um bis zu vier Prozent.

Erstes Gesetz zur Änderung des Düngegesetzes und anderer Vorschriften

In zweiter und dritter Lesung haben wir Erweiterungen und Ergänzungen des Düngegesetzes beschlossen. Dies war im Rahmen des nationalen Aktionsprogramms zum Schutz von Gewässern und Böden notwendig geworden.

Ihr

